

Martin Häusling, MdEP

Mitglied des Europäischen Parlaments – grüner Europaabgeordneter für Hessen, RheinlandPfalz/Saarland



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament



Newsletter Januar 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

erst vier Wochen zählt das neue, mit dramatischen Ereignissen bereits aufgeladene Jahr 2015. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb möchte ich Ihnen/ Euch dafür meine besten Wünsche mit auf den Weg schicken, denn Charlie Hebdo wie Pegida zeigen vor allem eins: Für ein friedliches demokratisches Europa braucht es die Stimme und den Mut eines/r jeden von uns.



Wie in jedem Jahr ist die Internationale Grüne Woche (IGW) in Berlin traditioneller Auftakt für agrarpolitische Debatten des neuen Jahres. Als Berichterstatter des Europaparlaments für die EU-Ökoverordnung standen für mich zahlreiche Besprechungstermine mit internationalen, europäischen und deutschen Politikern und Vertretern der Bio-Branche auf dem Programm. Es

freut mich, dass sich alle Akteure zum Ziel bekannt haben, den europäischen Ökolandbau aus der Nische zu holen und nicht auszubremsen. Dies gilt es jetzt umzusetzen - durch eine verlässliche Weiterentwicklung gesetzlicher Rahmen- und Förderbedingungen. Mehr zur Debatte gibt es nachzulesen in der Dokumentation zu der von mir organisierten [Ökolandbau-Tagung „Raus aus der Nische“](#), bei der wir hochkarätige Referenten und Gesprächspartner am 9. Januar 2015 in Berlin zu Gast hatten.



Einen Ausblick, welche agrarpolitischen Themen die Agenda 2015 noch bestimmen werden, lieferte die inzwischen bereits traditionelle Demonstration „Wir haben Gentechnik, TTIP und Agrarindustrie satt“ am 17. Januar 2015 in Berlin. Wieder gingen deutlich mehr Menschen dazu auf die Straße als im Jahr zuvor. Die befremdlichen Vergleiche und Kommentierungen des zivilgesellschaftlichen Protestes, die die Demo mit Pegida-Methoden gleichsetzten oder sie gar als unanständig bezeichneten (so der Bauernpräsident)

belegen deutlich: Auch im Agrar- und Verbraucherschutz lässt das Jahr 2015 noch deutliche Auseinandersetzungen erwarten. Packen wir es (grün) an!

Ihr/ Euer Martin Häusling

GVO-Anbau: Europa droht gentechnischer Flickenteppich



Nach einer langjährigen und sehr kontrovers geführten Diskussion über die Freisetzung von genetisch veränderten Organismen (GVO) in die Umwelt wurde die [Freisetzungsrichtlinie](#) nun im Januar 2015 verabschiedet. Die Grünen im Europaparlament und ich als Grüner Vertreter im Umweltausschuss haben den Vorschlag von Anfang an als unzureichend kritisiert.

Zwar konnten wir Grünen bei den Verhandlungen zwischen dem Europäischem Parlament und dem Rat verhindern, dass die Mitgliedstaaten mit den Agrarkonzernen wie Monsanto oder Syngenta zu

Verhandlungen verpflichtet werden, wenn sie die jeweilige Gentechnik-Pflanze in ihrem Territorium verbieten wollen. Leider konnten wir aber nicht verhindern, dass der Gesetzestext nun eine "Kann-Regelung" enthält. Das heißt, Verhandlungen mit den Unternehmen werden empfohlen, sind aber nicht mehr verpflichtend. Wir Grünen stufen dieses Verfahren als absolut undemokratisch ein. Unternehmen haben in legislativen Entscheidungsprozessen demokratisch gewählter Regierungen in den Mitgliedstaaten nichts verloren. Darüber hinaus wurde unserer Forderung nach so genannte Koexistenz- Regeln nur unzureichend nachgekommen. Zukünftig müssen Mitgliedstaaten nur in ihren Grenzregionen sicherstellen, dass keine Verunreinigung durch den Anbau von GVO stattfindet. Das reicht nicht. Landwirte und Imker müssen überall vor Verunreinigungen geschützt werden. Wir Grüne sehen mit großer Sorge, dass wir in Europa so einen "Flickenteppich" bekommen könnten.

Zentral für mich ist die Überarbeitung des völlig unzureichenden und undemokratischen Zulassungsverfahrens für GVO in Europa. Ich habe Kommissionpräsident Juncker wiederholt an sein beim Amtsantritt gegebenes Versprechen erinnert, das Zulassungsverfahren zu überarbeiten und zu demokratisieren. Immer wieder erhalten GVO die Zulassung für den Import oder für den Anbau in Europa, obwohl die Auswirkungen auf die Umwelt von Experten als höchst bedenklich eingeschätzt werden und obwohl mehr Mitgliedstaaten dagegen stimmen als dafür.

mehr Informationen:

- ✦ Pressemitteilungen vom [13. Januar 2015](#) und [4. Dezember 2014](#)
- ✦ "[Deutschland darf Gentechnik-Pflanzen verbieten](#)", Tagesspiegel, 13. Januar 2015
- ✦ "[Gentechnik-Anbau in der EU: Jetzt macht jeder seins](#)", 14. Januar 2015
- ✦ "[EU-Parlament erlaubt nationale Anbauverbote für Genpflanzen](#)", DLF, 13. Januar 2015

Ökolandbau-Tagung „Raus aus der Nische“ am 9.1.15 in Berlin



Der Ökolandbau gilt heute unbestritten als „Gold-Standard“ einer nachhaltigen Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung. Nachfrage und Anbau klaffen jedoch seit Jahren in Europa immer weiter auseinander. Am 9. Januar 2015 sind Experten aus der Biobranche aus Wissenschaft, Wirtschaft, Forschung, Handel, Politik und Verbänden

meiner Tagungseinladung gefolgt, um über Ursachen und Folgen dieser Entwicklung ebenso wie Fördermöglichkeiten und politischen Handlungsbedarf zu diskutieren.

mehr Informationen:

- ✦ Ausführlicher [Veranstaltungsbericht zur Tagung](#) (pdf) und [Programm](#) (pdf)
- ✦ "[Öko aus deutschen Landen](#)" NDR REDEZEIT, 21. Januar 2015
- ✦ "[Politrisiko statt Wetterrisiko: Was Biobauern das Leben schwer macht](#)", DLF Feature, 19.1.15
- ✦ "[Bioprodukte: Neue Verordnung könnte Ökolandbau ausbremsen](#)", euractiv, 10. 1. 2015
- ✦ Pressemitteilungen [vom 17.12.](#) und [3.12.2014](#)

Was steckt im EU-Tierarzneimittelpaket?

Im September 2014 hat die Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit insgesamt drei Verordnungsvorschläge für [Tierarzneimittel und Arzneifuttermittel](#) verabschiedet. Diese werden in den nächsten Monaten im Agrar- (Arzneifuttermittel) bzw. Umweltausschuss (Tierarzneimittel) diskutiert. Als Schattenberichterstatter im Agrar- und Umweltausschuss werde ich mich dafür einsetzen, dass die Verordnungsvorschläge die richtigen Prioritäten setzen. Bislang liegt der Schwerpunkt zu sehr auf den Verkaufsinteressen der Pharmaindustrie und nicht darauf, die Verabreichung von Arzneimitteln möglichst einzudämmen. Insgesamt muss in diesem Zusammenhang das Ziel sein, Ursachen- statt Symptombekämpfung zu betreiben: Robuste Rassen statt maximaler Leistung, mehr Auslauf für die Tiere und eine Verringerung der Viehdichte kämen der Tiergesundheit zugute und würden die Arzneimittel-Verabreichung stark verringern. Gerade die Verabreichung als Futterzusatz, stellt, die mit Abstand am wenigsten spezifische Behandlungsform dar und muss daher für Antibiotika ganz ausgeschlossen werden.

Im Detail:

- ✦ Der [Vorschlag für Tierarzneimittel](#) ist auf eine **bessere Verfügbarkeit von Arzneimitteln** für die Behandlung und Verhütung von Krankheiten bei Tieren in der EU ausgerichtet. Dieser soll auch für Tierarten gelten, die keine große wirtschaftliche Bedeutung haben (z.B. Bienen, Fische, Ziegen, Pferde, Truthähne). **Verwaltungshürden für die pharmazeutische Industrie** für die Zulassung von Tiermedizin sollen gemindert werden um die Investition in neue und bessere Tierarzneimittel für diese attraktiver zu machen. Zur **Eindämmung von Antibiotikaresistenzen** sollen bestimmte Antibiotika, die für Menschen genutzt werden für den Gebrauch bei Tieren eingeschränkt werden.
- ✦ Der [Vorschlag für die Modernisierung der Rechtsvorschriften über Arzneifuttermittel](#) soll die bestehende Richtlinie über die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von Fütterungsarzneimitteln (90/167/EWG) ablösen. Ziel der Verordnung soll es sein, die **Produktionsstandards und die Vermarktung von Arzneifuttermitteln in der EU auf einem angemessenen Sicherheitsniveau zu vereinheitlichen** sowie technisch und wissenschaftlich zu aktualisieren (z.Zt. sind Regelungen, Verfügbarkeit und Preise für Arzneifuttermittel europaweit unterschiedlich und schwanken stark von Land zu Land) . Arzneifuttermittel sollen ausschließlich aus speziell dafür zugelassenen Tierarzneimitteln und durch zugelassene Hersteller hergestellt werden. Antibiotikaresistenz soll eingedämmt werden durch das **Verbot, Arzneifuttermittel präventiv oder als Wachstumsförderer zu verwenden**. EU-weit geltende **Rückstandshöchstmengen** für

Tierarzneimittel in gewöhnlichen Futtermitteln sollen in einer Höhe festgelegt werden, die die Entwicklung von Antibiotikaresistenz verhindern soll.

Milch: Sehenden Auges in die Krise

Der Quotenausstieg ist beschlossen. Im April 2015 ist Schluss mit Quote. Das Konzept der „sanften Landung“, nämlich seit 2008 jährlich die Quote um ein bis zwei Prozent zu erhöhen, hat schon vor dem Ende der Kontingentierung die Mengen stark ausgeweitet. Im letzten Jahr wurde dann in einigen EU-Ländern richtig aufgedreht. Aufgrund der Saldierung (Strafzahlungen bei Überlieferung der betrieblichen Quote) werden einige Betriebe von ihren Produktionssteigerungen allerdings nichts haben. Schlimmer noch, sie zahlen erheblich drauf. Das mag ihre Sache sein, den Preisverfall allerdings, der durch die gestiegene Menge und das russische Embargo über die Milcherzeuger hereinbrach, bekommen alle zu spüren. Seit Jahren ist es das erklärte Ziel der Kommission, die Milchbauern dem freien Markt und den Preisschwankungen zu überlassen.

Aber auch in Phasen hoher Milchpreise decken die Erlöse der Milchbauern ihre Kosten nicht, von Gewinnen ganz zu schweigen. Wie soll man da Rücklagen bilden? Der damit verstärkte Strukturwandel wird nicht nur in Kauf genommen, er ist politisch gewollt.

Da die Proteste der Milchbauern in den letzten Jahren zunahmten und auch gesellschaftlich wahrgenommen wurden, hat man in Krisensituationen entweder alte Instrumente wie die Exportförderung aus der Schublade gezogen oder aber versucht, den Milchbauern die Erzeugerbündelung schmackhaft zu machen. Ersteres bringt nur dem Handel wirklich Gewinne. Letzteres stellt mit zu niedrigen Bündelungsgrenzen einen eher zahnlosen Tiger dar und läuft zudem an den zumeist genossenschaftlich organisierten Milchbauern vorbei. Ein wirkliches Konzept zur Stärkung von Milchproduktion in Grünlandregionen statt Hafennähe mit gesteigertem Kraftfuttereinsatz, ist weit und breit nicht zu sehen. Das European Milk Board hat mit seinem Marktverantwortungsprogramm zumindest ein Kriseninstrument vorgestellt, das an den Ursachen anpackt, nämlich an der Menge. Natürlich wird dieses Instrument nun aber fleißig von denen zerpfückt, die kein Interesse an einer Mengenbegrenzung haben.

mehr Informationen:

- [Anhörung zum Milchpaket im Agrarausschuss des Europaparlament am 27. Januar 2015](#)
- [Pressemitteilung vom 27. Januar 2015](#)
- [Marktverantwortungsprogramm des EMB](#)

Wider der schönen Worte: TTIP ist und bleibt Bedrohung für EU-Lebensmittelstandards



In der Sitzung des Agrarausschusses (AGRI) vom 21. Januar stand erneut das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) auf dem Programm. Die Diskussion zeigte, wie sehr man mehrheitlich die Augen vor möglichen Folgen verschließt, die TTIP auf den Agrar- und Ernährungsbereich sowie den vorsorgenden Verbraucherschutz haben kann. Man wisse ja noch nicht, so der Tenor, was bei den Verhandlungen herauskomme und könne ja ohne weiteres europäische Standards verteidigen. Ähnlich war der Tenor auch im Umweltausschuss.

Ich habe den Eindruck, viele meiner Kollegen und Kolleginnen, besonders aus dem konservativen und

liberalen Lager, haben den fertig verhandelten Text von CETA (dem Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada) nicht gelesen, sonst würden sie zu TTIP anders reden. Es gab zwar ein paar kritische Stimmen, natürlich auch zum Thema Schiedsgerichte, aber insgesamt halte ich die Auffassung, Europa werde seine Standards komplett verteidigen bzw. gar auf die USA ausdehnen können für sehr naiv. Man tut im AGRI so, als würde man mitverhandeln. Das ist nicht der Fall. Das Europäische Parlament (EP) darf zu TTIP und auch CETA am Ende über den kompletten Text nur mit Ja oder Nein abstimmen.

Europaweit engagieren sich fast 200 NGOs gegen TTIP und CETA. Auch wir GRÜNE im EP haben hierzu viele Informationen und Stellungnahmen verfasst:

mehr Informationen:

- ✦ [Überblick über Aktivitäten, Informationen und Stellungnahmen der Grünen im Europäischen Parlament zum transatlantischen Freihandelsabkommen](#)
- [„TTIP: Die Fronten sind längst verhärtet“](#), DLF, 21.1.15
- [Workshop "Schöner Handeln mit TTIP?" mit Bärbel Höhn und Martin Häusling](#) im Rahmen der Veranstaltung "Fleisch für die Welt" der grünen Bundestagsfraktion am 17. Januar 2015
- DLF Feature [„TTIP – Transatlantischer Traum oder Ausverkauf der Demokratie“](#) vom 9.12.14 von Peter Kreysler
- [Pressemitteilung vom 5. Januar 2015](#)
- [Anhörung zu TTIP \(Regulatorischer Kooperation und ISDS\) im Handelsausschuss](#) des Europaparlaments am 26. Januar 2015
- [POSITIONSPAPIER Martin Häusling zum Verbraucherschutz-, Umwelt- und Agrarbereich in CETA](#)

Vor der 2. Lesung: Biokraftstoffe und Landnutzungsänderung

Im Frühjahr 2015 entscheidet das Europaparlament über die Änderung der EU-Biokraftstoffförderung. Noch vor wenigen Jahren waren Biokraftstoffe in Deutschland und Europa die Hoffnungsträger einer alternativen Kraftstoffversorgung und wurden als Allheilmittel gegen Klimawandel, Ölabhängigkeit und für die Entwicklung ländlicher Regionen gehandelt. Heute ist klar, dass Biokraftstoffe (abgesehen von reinem Pflanzenöl) keine positiven Wirkungen haben, sondern eher negative. Dennoch werden sie politisch gefördert. Durch eine Deckelung des Anteils von Bioethanol und Biodiesel sowie die Einführung von ILUC-Faktoren (Indirect land use change – zu Deutsch: indirekte Landnutzungsänderung) soll die Konkurrenz mit Nahrungsmittelflächen und Umweltfolgen begrenzt werden.

Bereits in den letzten beiden Jahren wurde in Parlament und Rat intensiv über den Verordnungsvorschlag gestritten, insbesondere über die Höhe der Deckelung, des verpflichtenden Anteils von Biotreibstoffen der 2. Generation (aus Abfällen, Algen und Bakterien) sowie die verpflichtende Aufnahme der ILUC-Faktoren.

Am 21. Januar 2015 stimmte der Unterausschuss (ENVI) für die Beibehaltung des Parlamentsstandpunktes der ersten Lesung, der eine Begrenzung bei sechs Prozent und die Berücksichtigung von ILUC-Faktoren vorsieht. Die EU-Kommission hatte ursprünglich zehn Prozent vorgeschlagen. Der Europäische Rat hatte im Juni 2014 eine Begrenzung von sieben

Prozent und freiwillige Berücksichtigung der ILUC-Faktoren beschlossen. Es ist daher anzunehmen, dass eine Einigung nur nach intensiven Debatten und Beratungen im Trilog zustande kommen wird.

Info: Von ILUC wird gesprochen, wenn Pflanzen für Agrokraftstoffe zwar auf Flächen angebaut werden, die als nachhaltig zertifiziert sind, dabei aber den Anbau von Nahrungspflanzen auf weitere Wald- oder Brachflächen verdrängen, so dass diese in Ackerland umgewandelt werden. Bei der Umwandlung entstehen Treibhausgasemissionen, die bisher nicht in die Klimabilanz der Kraftstoffe einfließen, trotz Nachhaltigkeitszertifikat. Über Ausmaß, Wirkung und Berechnung indirekter Landnutzungsänderungen wird kontrovers diskutiert. Seitens der Biokraftstoffindustrie wird dieses Instrument scharf bekämpft.

mehr Informationen:

- ✦ [Berichtsentwurf des EP-Berichterstatters Nils Torvalds \(ALDE\) einer Empfehlung für die zweite Lesung der Richtlinie 98/70/EG](#)
- ✦ [Positionspapier Agrokraftstoffe Martin Häusling](#)

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen Nichteinhaltung der Nitratrichtlinie - Gespräch mit Kommission:

Bereits im Oktober 2013 hatte die EU-Kommission gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie eingeleitet. Über die Novellierung der Düngeverordnung wird in Deutschland seitdem heftig gestritten. Strengere Auflagen sind in jedem Fall notwendig, sagt die Kommission. Was Festmist angeht, würden die diskutierten Auflagen allerdings nachhaltige Tierhaltungssysteme oder bodenfruchtbarkeitsfördernde Düngungspraktiken zum Teil konterkarieren.

Am 11. Dezember 2014 habe ich daher ein Gespräch mit Generaldirektor Karl Falkenberg von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission geführt. Er betonte, dass es keineswegs die Absicht der Kommission sei, Betrieben, die aufgrund ihrer Betriebsstruktur (und Düngepraxis) nicht zu den starken Nitratemittenten gehören, unnötig hinderliche Auflagen zu machen. Im Gegenteil. Die Kommission befürworte es ausdrücklich, dass neben einer strengen Basisregulierung innerhalb der Düngeverordnung besondere Ausnahmen für Betriebe oder auch ganze Regionen geschaffen werden, die entweder von ihrer Betriebsstruktur oder der regionalen Struktur her (Viehichte) nachgewiesenermaßen nicht zu den potentiellen Verschmutzern gehören. Dies ließe sich ohne weiteres Definieren. Leider sei Deutschland gerade auf dem gegenteiligen Weg und versuche, eine lasche Düngeverordnung durchzudrücken, um es dann den Ländern zu überlassen, mit sogenannten Länderöffnungsklauseln strengere Auflagen zu erlassen. Diese Lösung betrachtet die Kommission allerdings kritisch, da so von Bundesland zu Bundesland unterschiedliche Auflagen gelten könnten.

Info: Festmist ist eine wünschenswerte, weil multifunktionale Form der Düngung: Der Einsatz von Einstreu dient dem Tierschutz, versorgt das Bodenleben und die Pflanzen mit Nährstoffen und sorgt für Humusaufbau und Bodenfruchtbarkeit. Für Betriebe, die mit Festmist arbeiten, müssen daher günstige Rahmenbedingungen gelten und bürokratische Hürden reduziert werden. Dies sehen auch die Umweltverbände so.

mehr Informationen:

- ✦ [Gemeinsame Position der Umweltverbände anlässlich der Novelle der Düngeverordnung](#)

⤴ [Pressemitteilung: Wer auf Exportmasse setzt, verseucht Wasser und Böden](#)

Terminrückschau:

- 6.10. [Die Zukunft des Weinbaus in Europa vor dem Hintergrund von GAP und TTIP](#)
20.10. [Langeburg –Forum](#): Workshop zur Zukunft des ökologischen Landbaus
05.12. Podiumsdiskussion zur Grünen Gentechnik der Grüne Hochschulgruppe Kassel
09.01. Ökolandbau-Tagung „Raus aus der Nische“ [Veranstaltungsbericht zur Tagung](#)
16.01. [FNL 6. Standortgespräch auf der IGW](#): Thema „Keine Angst vor der Zukunft: Wirtschaftliches Wachstum durch Innovationen ermöglichen!“
17.01. Wir haben es satt und [Konferenz der Grünen Bundestagsfraktion: Fleisch für die Welt](#)
26.01. Besuch Edertalschule Frankenberg – Europa und TTIP: [Bericht in der WLZ vom 27.02. „Von Agrarpolitik bis Zentralbank“](#)

Terminvorschau:

Termine Biofach:

- 11.02. [EU Policy day: Commission proposal for a new organic regulation](#) organized by IFOAM EU in cooperation with BIOFACH
- 12.02. 11:00 Diskussion: [Session about International Trade Policy TTIP](#)
- 12.02. 16:00 Diskussion: [„Wie weiter mit Bio? Die Kontroverse um die Weiterentwicklung der EU-Öko-Verordnung“](#)

Kontakt und Impressum

Für Kontakte, Anregungen und Kommentare stehe ich und mein Team in Brüssel, Wiesbaden und Berlin Ihnen gern zur Verfügung: [Kontaktmöglichkeiten](#)

V.i.S.d.P. Martin Häusling (MdEP)